Freitag, 25. Januar 1924. **Einzelnummer 120000 Mark.** 63. Jahrgang. Nr. 21

Bezugspreis*) monatl. M.: bei der Geschäftsst. 4 800 000 bei den Ausgabest. 5 000 000 durch Zeitungsb. 5 200 000 durch Post . . . 5 312 000 einschl. Postgebühren ins Ausland 8 000 000 p. M. in deutscher Währg. nach Kurs.

*) Obige Preise gelten als Grundpreise. Verlag und Post haben das Recht, bei weiterer Geldentwertung eine Nachforderung zu erheben.

Fernspr. 2273. 3110. Telegr.-Adr.: Tageblatt Posen.

Posener Tageblatt
(Posener Warte)

Erscheint an allen Werktagen.

Anzeigenpreis: f. d. Millimeterzeile im Anzeigenteil innerhalb Polens 80 000 M. Reklameteil 200 000 M. *) Sonderplatz 50% mehr

für Aufträge aus Deutschland: Millimeterzeile im Anzeigenteil 80 000 M. *) Reklameteil 200 000 M. in deutscher Währung nach Kurs.

Postscheckkonto für Polen: Nr. 200 283 in Posen. Postscheckkonto für Deutschland: Nr. 6184 in Breslau.

Bei höherer Gewalt, Betriebsstörung, Arbeitsniederlegung oder Aussperrung hat der Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises.

Taschen und Herzen.

Fragt einer jetzt nach der Stimmung in unserem Lande, dann genügt als Antwort ein Wort: Vermögenssteuer. Landwirte und Kaufleute, Industrielle, Handwerker und Privatpersonen versuchen, hinter die Geheimnisse des Gesetzes zu kommen und sich klar zu machen, was sie angeben müssen und wie viel sie zu zahlen haben. Und der Redakteur, dessen Zeitung nicht täglich alle diese Gruppen (und noch einige mehr) eingehend über das aufklärt, was sie besonders betrifft und interessiert, wird heute von der einen, morgen von der anderen Gruppe beschimpft und bekommt immer wieder zu hören, daß seine Zeitung ihren Aufgaben nicht gerecht werde.

Die Vermögenssteuer lastet auf der Stimmung der Bevölkerung und auf ihren Taschen. Die Kauflust läßt nach, da vorläufig keinem ganz klar ist, über welche Mittel er eigentlich in der nächsten Zeit verfügen wird, und der Kaufmann und Unternehmer, in dessen Betriebskapital die Vermögenssteuer ein großes Loch hineinfrißt, sieht zugleich den Absatz sich von Tag zu Tag vermindern, denn — auch das Betriebskapital des Abnehmers wird von der Steuer angefressen.

Daß die Steuer notwendig ist, wird kein Einsichtiger bestreiten. Jeder objektiv Denkende muß es als einen Fortschritt begrüßen, daß nach einer Zeit der Versprechungen eine Zeit der Taten begonnen hat. Herrn Grabskis Entschlossenheit und Energie muß anerkannt werden. Man darf hoffen, daß sie dem Staat die Möglichkeit geben wird, die Zeit bis zum Beginn der Arbeit der Emissionsbank ohne Krisen zu überstehen und wenn die Emissionsbank selbst für Polen denselben Dienst leisten sollte wie die Rentenbank für Deutschland, dann wird das als Herrn Grabskis Verdienst freudigst anerkannt werden.

Die Gesundung der Staatsfinanzen ist jetzt in die Hände der Staatsbürger selbst gelegt. Sie haben dem Staat die Mittel zu geben, die ihm ermöglichen sollen, mit der bisherigen Wirtschaft Schluß zu machen. Es kann nicht ausbleiben, daß der eine oder der andere der von der Steuer Betroffenen die auf sie entfallende Pflicht als Härte empfinden. Opfer müssen gebracht werden um der Sache willen, also zugleich um unserer Sache willen, — um des Staates willen, dessen Bürger wir sind und von dessen Wohlstand auch der Wohlstand des Einzelnen und die Stetigkeit und Ergiebigkeit seiner Arbeit abhängt.

Opfer müssen gebracht werden. Aber es kann dem Staat wohl nicht ganz gleichgültig sein, aus welcher Stimmung und Gesinnung heraus die Opfer gebracht werden — und ob die Berechnungen und Erklärungen, auf die die Zahlung der Steuer sich stützen soll, mit gebefreudigem Herzen gemacht werden oder mit mißvergnügter, verstimmter Zurückhaltung.

Der zufriedene Bürger gibt gern. Wer zu der Regierung des Landes volles Vertrauen hat, wird in Fällen des Zweifels sich auch gegen die Möglichkeit einer Überschätzung nicht ängstlich wehren, weil er weiß, daß das, was er gibt, wirklich der Allgemeinheit, und also auch ihm selbst, zugute kommt und den Boden festigt, auf dem er steht. Der politisch Mißvergnügte und der, der nicht imstande ist, der Regierung sein volles Vertrauen zu schenken, wird sich unter allen Umständen hüten, auch nur einen Pfennig mehr zu geben, als er unbedingt geben muß, und seine Stimmung kann ihn leicht dazu führen, daß er sagt: Lieber zu wenig als zu viel.

Der Staat braucht unser Geld. Aber er braucht auch unser Vertrauen. Er braucht unseren Glauben daran, daß das, was wir geben, uns vorwärts bringen wird, daß das schlimme erste Vierteljahr des Jahres 1924 den Endpunkt der Entwickelung nach unten bedeutet, daß wir vor dem Beginn des Aufstiegs stehen, daß die schlimmste Zeit für Polen bald überwunden sein wird.

Braucht der Staat eine solche Gesinnung und einen solchen Glauben, dann darf er nichts unternehmen, was in einem Teil der Bevölkerung des Landes die Meinung erwecken könnte, er wäre benachteiligt gegenüber anderen Teilen der Bevölkerung, — nichts, was als eine Verletzung des in der Verfassung aufgestellten Grundsatzes der Gleichheit aller Bürger vor dem Gesetz aufgefaßt werden könnte, — nichts, was jetzt, wo es auf alle Gruppen der Bevölkerung ankommt, große und wichtige Gruppen in die Opposition und in den Schmollwinkel treiben kann. Wenn die Regierung versucht, jetzt, während dieser kritischen Zeit, auf alle Maßnahmen und auf alle neuen Gesetze zu verzichten, die eine Spitze gegen eine einzelne Gruppe polnischer Staatsbürger haben, dann wird sie damit zweierlei erreichen: Sie wird erstens die Staatsfreudigkeit und damit auch die Gebefreudigkeit dieser einen Gruppe stärken und dadurch dem Staat einen großen Dienst erweisen, und sie wird zweitens sehen und anderen zeigen, daß es auch ohne solche Maßnahmen und Gesetze geht, — und damit wird sie dem Staate einen nicht minder großen Dienst erweisen.

Eine Beratung früherer Industrie- und Handelsminister.

Am 22. Januar fand im Handelsministerium die zweite Beratung früherer Industrie- und Handelsminister statt. Es wurden dabei Fragen erörtert, die mit der allgemeinen Wirtschaftslage im Zusammenhang mit der Sanierung der Finanzen und der schon eingetretenen Krise in der Industrie verbunden sind. Man sprach über die Faktoren, die eine Beilegung der Krise bewirken können, und über die Maßnahmen der Regierung auf dem Gebiete der Sanierung und des Wirtschaftslebens. Schnellste Einführung neuer Valuta würde zweifelsohne zur Bildung normaler Wirtschaftsverhältnisse beitragen, die Unbestimmtheit beseitigen und eine rationelle Kalkulation ermöglichen. Im Zusammenhang damit wurde der Verkauf einiger Güter oder Objekte des Staates zur Gewinnung eines Sanierungsfonds für die neue Valuta, ferner die Anwendung gewisser Zollerleichterungen für den Export, soweit dieser unter schweren Bedingungen steht, und die Belebung der Beziehungen zu vernachlässigten und bisher unbenutzt gebliebenen Märkten als geboten erklärt. Ferner wurden erörtert: die Frage der Arbeitszeit und der Arbeitstage, die Einführung rationeller Investitionen in die Industrie, Verringerung der Produktionskosten, rationeller Verbrauch von Heizmaterial im Eisenbahnwesen, die Frage der Eisenbahntarife, die Belebung der Bauindustrie, die Politik des Freihandels und die Beseitigung der beweglichen Preise in der Industrie usw.

Bei der Erörterung der Frage der Umvalutierung der Aktiengesellschaften wurde vom Vertreter des Finanzministeriums erklärt, daß es in der Sanierungsperiode nicht angezeigt wäre, übermäßig neue Aktienemissionen in Verkehr zu bringen, die oft in den Bedürfnissen des betreffenden Unternehmens nicht hinreichende Begründung finden.

Zum Schluß sprach man sich unter Betonung der besonderen Bedeutung der Rolle, die das Industrie- und Handelsministerium im Wirtschaftsleben zu spielen hätte, für Erweiterung der Kompetenzen des Industrie- und Handelsministers aus.

Die Gefahren des Francsturzes.

Paris, 23. Januar. Der letzte Sturz des Franc beginnt auch auf die Preise der Zeitungen zu wirken. Die „Daily Mail" kündigt an, daß die Pariser Ausgabe um 10 Centimes teurer geworden sei, und daß der Preis noch mehr erhöht werden müsse, wenn das englische Pfund mehr als 80 Franc kostet. Gestern stand das englische Pfund auf über 95 Franc. Die französische Währung ist seit der Kammerrede Poincarés um drei Punkte gesunken. Eine eigenartige Manifestation gegen die Teuerung fand am Sonntag statt. Da Straßenumzüge verboten sind, hatten einige Gewerkschafts- und Beamtenvereinigungen vier große Touristenautos gemietet, wie sie zu Ausflügen in die Umgebung benutzt werden. In jedem dieser Wagen saßen etwa 50 Personen. An Tafeln waren die Preise der wichtigsten Lebensmittel zu lesen, so wie sie sein sollten und so wie sie sind. Jeder dieser Wagen machte eine Fahrt durch einen anderen Teil der Stadt, bis alle vier schließlich vor der Arbeitsbörse wieder zusammentrafen. Die Polizei konnte nicht einschreiten. Die sozialistischen Blätter sprechen von einem vollen Erfolg und treten für die Wiederholung der Demonstration ein.

Ein amerikanischer Vorstoß gegen Frankreich.

Im Senat unternahm dieser Tage Senator Borah einen starken Vorstoß gegen den französischen Militarismus und setzte sich energisch dafür ein, daß die Zinsen für die französische Schuld an Amerika eingefordert werden und eine Regelung der Frage überhaupt erfolge. Der Senat hat zwar keinen Beschluß gefaßt, es ist aber auch kein Widerspruch dagegen erfolgt. Senator Owen hat erneut ausgeführt, daß Frankreich und Rußland als eigentliche Kriegesurheber angesehen werden müßten, was ebenfalls ohne Widerspruch hingenommen wurde.

In einem großen Teil der Presse wird der Sturz des französischen Franc auf die verfehlte Politik der französischen Regierung zurückgeführt und zum Ausdruck gebracht, daß die von dieser unternommenen Versuche, den Franc zu stützen, auf die Dauer ohne Erfolg bleiben müßten.

Poincaré will nicht nach Sedan.

Paris, 23. Januar. Poincaré läßt mitteilen, daß er bei der Einweihung des Kriegerdenkmals in Sedan die angekündigte Rede nicht halten könne. Die Verhältnisse machten es ihm unmöglich, Paris zu verlassen. Diese offiziöse Meldung wirkt sonderbar, da die Feier in Sedan erst am 10. Februar stattfinden soll, so daß Poincaré noch drei Wochen Zeit hätte, um die Verhältnisse zu ändern. Oder hat er die Hoffnung aufgegeben?

Protest sämtlicher Zeitungen der Pfalz.

Ludwigshafen, 22. Januar. Sämtliche pfälzischen Zeitungen haben ab heute als Protest gegen die Unterdrückung der Pressefreiheit durch die Separatisten ihr Erscheinen eingestellt. Die Zeitungen werden nicht eher wieder erscheinen, bis die Pressefreiheit in der Pfalz im Rahmen des Rheinlandabkommens voll wiederhergestellt ist.

Frankreich und das Kabinett Macdonald.

Die französische Öffentlichkeit legt großes Interesse für die politische Situation und das Experiment der Labour Party an den Tag. Von den Blättern widmet nur der „Petit Parisien" dem Premierminister einen längeren Nachruf. Die Loyalität Baldwins, so sagt das Blatt, sei über jeden Zweifel erhaben. Da er indessen als Premierminister auch für die Politik seines Kabinetts haften müsse, könne man ihn nicht von dem Vorwurfe freisprechen, daß er es nicht verstanden habe, die zahlreichen Steine des Anstoßes zwischen England und Frankreich aus dem Wege zu räumen. Zudem habe er Lord Curzon mehr und mehr die Führung der Geschäfte überlassen und ohne selbst daran zu glauben, sich den Ausstreuungen des Foreign Office über den vermeintlichen Imperialismus Frankreichs widersetzt. Ähnlich äußern sich in kürzeren Kommentaren die übrigen Blätter.

Im übrigen bemüht man sich in Paris, sich dem kommenden Kabinett Ramsay Macdonald gegenüber so vorurteilslos als nur möglich einzustellen. Man rechnet damit, daß der neue Premierminister sich vor allem die Verteidigung der englischen Interessen zum Ziele setzen wird und, was die Außenpolitik anlangt, vornehmlich in die Fußtapfen seiner Vorgänger treten wird. Das „Petit Journal" schreibt: Vielleicht haben wir die Überraschung, in diesem Punkte bei dem neuen Kabinett einen aufrichtigen Willen zur Verständigung und in anderen Punkten den Gegner zu finden, der frank und frei den Kampf aufnimmt. Auf jeden Fall wäre die ungeschickteste und unbilligste Haltung, die wir einnehmen könnten, diejenige des Mißtrauens. Nichts würde eine solche Haltung rechtfertigen, und die gesamte englische Nation würde es uns übelnehmen, wollten wir auf den baldigen Sturz der Arbeiterregierung rechnen und zur Lösung der wichtigsten Fragen ein neues Kabinett abwarten.

Ausdehnung des englischen Eisenbahnerstreiks.

Der Verkehrsstreik in Großbritannien hat ein ernsteres Aussehen angenommen, als sich voraussagen ließ. Es haben sich nämlich viele Mitglieder des großen Eisenbahnverbandes dem Streik angeschlossen. Nur ein schwacher Vorortverkehr wird aufrechterhalten, Fernzüge von und nach London sind ausgefallen. Die Eisenbahngesellschaften glauben, daß rund zwei Drittel der Angestellten streiken, während die Gewerkschaften behaupten, daß sie bis neun Zehntel der Züge lahmlegen können. Auf Grund einer Verfügung des Verkehrsministers sind für die Beförderung von Milch und Lebensmitteln nach den großen Städten sämtliche Lastwagen requiriert worden, und es ist bereits ein beschränkter Eisenbahnbetrieb in Gang gesetzt worden, der für die Beförderung von Lebensmitteln und Post aufrechterhalten wird. Durch den Ausbruch des Streiks wird zweifellos das Prestige der Arbeiterpartei geschädigt, die sich als unfähig erwiesen hat, ihn zu verhindern.

Republik Polen.

Der Ministerpräsident zeichnet Aktien der Emissionsbank.

Ministerpräsident Grabski hat hundert Aktien der Emissionsbank gezeichnet.

Um die Valorisierung der Löhne in der Lodzer Textilindustrie.

Der Kampf um die Valorisierung der Löhne in der Lodzer Textilindustrie wird weiter geführt. Die Industriellen wollen die Valorisierung auf die Vorkriegslöhne in Rubeln stützen. Die Vertreter der Arbeiter haben dagegen protestiert und erklären, daß, wenn die Regierung keinen Ausweg werde finden können, die Arbeiter gezwungen sein würden, in den Ausstand zu treten.

Das Mieterschutzgesetz.

Der Rechtsausschuß des Sejm beriet am Mittwoch über den Gesetzentwurf über den Mieterschutz. In erster Lesung wurden die Punkte 1, 3, 4 und 5 angenommen. Sie enthalten allgemeine Bestimmungen Vorschriften, die sich auf die Beschränkung des Rechts der Kündigung und der Lösung von Mietsverträgen beziehen, sowie über das Mietseinigungsamt und das Mietsmoratorium für Arbeitslose. Es blieben noch zwei Punkte zur Erörterung, und zwar Punkt 2 über die Erhöhung der Mieten, und Punkt 6 der die Schlußbestimmungen enthält.

Ein Kommissariat öffentlicher Kredite

soll beim Finanzministerium geschaffen werden. Die Leitung des Kommissariats soll Vizeminister Prof. Rybarski übernehmen.

Die Kosten der Lebenshaltung im Jahre 1923.

Jetzt vorliegende statistische Zusammenstellungen ergeben, daß die teuersten Städte in Polen im Jahre 1923 Boryslaw Wilna und Rybnik waren. Es folgen Warschau, Königshütte, Bialystok, Bielitz, Lodz, Pinsk. An zehnter Stelle stand Posen. Die billigsten Städte waren im Jahre 1923 Tarnopol, Siedlce und Kielce. — In Großpolen und Pommerellen wird die Teuerung in den größten Städten durch folgende Prozentzahlen gekennzeichnet (Warschau mit 100 angenommen): Posen 91,5; Thorn 83,0; Bromberg 80,5; Graudenz 79,4; Inowroclaw 78,3. In der Wojewodschaft Schlesien: Rybnik 100,6; Königshütte 99,9; Bielitz 94,1; Kattowitz 92,0.

Aus der polnischen Presse.

Lenins Tod

wird auch in der polnischen Presse natürlich lebhaft besprochen. Der „Dziennik Poznański" widmet ihm den Leitaufsatz seiner Nr. 22 und schreibt dort unter anderem:

Der Tod Lenins fiel in eine für Sowjetrußland und für den in ihr herrschenden Kommunismus kritische Zeit. Die lange verheimlichten Zwistigkeiten im Schoße der Partei sind während des letzten Kongresses in Moskau deutlich zutage getreten, und eine mächtige Opposition mit Trotzki an der Spitze hat ihr Haupt erhoben. Die Unzufriedenen warfen der Mehrheit des Zentralvollzugsausschusses Opportunismus vor, Verstöße gegen die kommunistische Idee allzu große Nachgiebigkeit gegenüber den Plänen der ausländischen Kapitalisten und der neuen Sowjetbourgoisie. Man verlangte eine Demokratisierung des Parteilebens, Freiheit der Kritik, Bekämpfung der Korruption. Das war ein Angriff gegen die neue Aristokratie, gegen die Sowjetbureaukratie und die Sowjetoligokratie. Dieser Angriff bedeutete jedoch keine Verschwörung. Er hatte durchaus loyale Form. Der Zentralvollzugs-

1 Dollar	= 10 300 000 Mkp.
1 Valorisierungsfrank.	= 1 910 000 Mkp.
1 Danziger Gulden ...	= 1 785 000 Mkp.
1 Goldmark..........	= 2 460 000 Mkp.

ausschuß versprach Prüfung der Beschwerden und stellte sich in Bezug auf einen Teil von ihnen sogar auf den Standpunkt der Opposition. Bei der Abstimmung erhielt die Regierung eine sehr große Mehrheit und die Unzufriedenen verstummten. Trotzki unternimmt eine Erholungsreise nach dem Süden Rußlands und in Rußland herrscht wieder Friede.

Für wie lange?. Mit einiger Erfahrung und mit einiger Kenntnis der menschlichen Natur kann man annehmen, daß der Gärungsstoff in der russischen kommunistischen Partei seinen Weg gehen und sein Werk tun wird. Der Bolschewismus, der alle Überlieferungen stürzte, muß mit der Zeit zu seiner eigenen Zerstörung führen. Der Tod Lenins kann diese Entwicklung nur erleichtern und den Weg ebnen für das, was notwendig kommen muß."

Mit dem Charakter des polnischen Beamtentums in den verschiedenen Gebieten der Republik beschäftigt sich ein Leitaufsatz des „Wiarus Polski" unter der Überschrift „Rätselhafte Politik" (Nr. 20), dessen Verfasser zuerst sich gegen den Vorwurf partikularistischer Neigungen verwahrt und dann folgendermaßen fortfährt:

„In den Magistraten, Wojewodschaften, Starosteien und bei anderen Behörden wird die Zahl der aus unserm Gebiet stammenden Beamten vermindert, und die Posten werden mit Leuten aus den Ostgebieten und Kleinpolen besetzt, so daß man sich unwillkürlich die Frage vorlegt, was das für eine Politik sei.

Nehmen wir unsern Posener Magistrat. Wieviele Räte aus den anderen Teilgebieten sitzen in ihm! Der Vizepräsident, der Leiter der Feuerwehr; die Vizewojewoden, die Wojewodschaftsräte, die Starosten, die Sekretäre, die Kommentare, — in allen Stellungen bis hinab zu den Stenotypistinnen wimmelt es von Leuten aus dem Osten, und die hiesigen werden hinausgeworfen."

Der Verfasser des Aufsatzes beschäftigt sich weiter mit den besonderen Verhältnissen der einzelnen Behörden, wirft dann die Frage auf, ob etwa die Leute aus Galizien und aus den ehemals russischen Gebieten besser für den Beamtenberuf vorbereitet waren und fährt fort:

„Unter allen Umständen ist das eine sonderbare Politik. Und diese Überflutung unserer Behörden mit Leuten aus Galizien und Kongreßpolen ist um so sonderbarer, als es dort doch an Ort und Stelle genügend zu tun gibt. Dort wird über Verwahrlosung der Städte und Dörfer geklagt, — und die Leute, die dort arbeiten müßten, kommen zu uns, wo man auf Kosten der Arbeit anderer bequemer leben kann. Es wird erzählt, daß sogar in einer so großen Stadt wie Lemberg der Schnee bis jetzt noch bergehoch auf den Straßen liegt und den Verkehr hindert. In der Umgegend von Kalusz, Boryslaw und Przemysl muß es noch schlimmer aussehen. Mit der Versetzung der Beamten entstehen ungeheure Kosten, — nicht nur die Kosten der Übersiedlung, sondern auch die Kosten, die die Folge sind der Unvertrautheit mit den Verhältnissen und dergl. Ferner ist zu sagen: Die österreichische Bureaukratie war um 100 Prozent schlimmer als die preußische. Das ist der Bevölkerung der westlichen Wojewodschaften unbekannt. Schon der Ton der ehemals österreichischen Beamten im Verkehr mit Höhergestellten, denen gegenüber ununterbrochen Titulaturen angewendet werden, und gegenüber den Leuten der mittleren Stände, die zuweilen sogar noch geduzt werden, ist unserer Bevölkerung fremd. Die österreichische Pünktlichkeit: statt um 8 Uhr wird um 11 Uhr begonnen, und selbst dann darf das Publikum noch warten, bis der Herr Beamte eine Zigarette geraucht hat, dem Schreibfräulein die Hand geküßt hat, seinen Tee getrunken hat usw. Alles das hat die Bevölkerung unseres Gebietes bis jetzt nicht gekannt. Sehen unsere Wojewoden nicht, was um sie herum geschieht? Sehen die Stadtpräsidenten nicht, daß ein einheimischer Beamter nach dem anderen von seinem Posten scheidet und systematisch Leute aus anderen Gebieten eingesetzt werden? Ist es wirklich so, daß die Posener nur die körperliche Arbeit zu verrichten haben, die Leute aus Kongreßpolen und Galizien die geistige Arbeit und die Schreibtischarbeit? Ich schreibe diese Zeilen nicht aus Haß gegen unsere Brüder aus anderen Gebieten. Aber ich höre, daß im Osten und im Süden Polens für die Beamten noch so viel zu tun ist und es dort noch so an Beamten fehlt, daß ich die Frage stellen muß, warum so viele Beamtenkräfte von dort zu uns versetzt werden. Die bisherige Beamtenpolitik schädigt nicht nur die hiesigen Beamten, sondern sie schädigt unser ganzes Volk, ganz Polen."

Der politische „Stil" Mussolinis.

Rom, 23. Januar. Bei einer Programmrede in Neapel kam der Sekretär der Faszistenpartei, Giunta, auf die Außenpolitik zu sprechen und wies auf die große Entschlossenheit hin, womit Mussolini an das Adriaproblem herangetreten sei. Während Mussolini mit Südslawien über die Fiumefrage verhandelte, hatte er an der Ostgrenze 50 000 Mann und 5 Artilleriekorps aufgestellt und 100 000 Schwarzhemden in Bereitschaft gesetzt, die auf den ersten Wink losgeschlagen hätten. So sei Mussolini in die Verhandlungen eingetreten. (Lebhafter Beifall.) Giunta sagte ferner: „Wir haben in der Außenpolitik noch anderes vollbracht. Frankreich gedachte 300 000 Neger nach Europa zu bringen und schickte sich an, in der Kontinentalpolitik zu dominieren. Deutschland war niedergebrochen, England war beschäftigt mit seiner schwierigen Innenlage, Poincaré fühlte sich tatsächlich als Herr Europas. Was tat da Mussolini? Er holte den Spanierkönig aus Madrid nach Rom, und als Frankreich als Gegengewicht gegen Spanien sich mit Prag verständigte, da schloß Mussolini den Vertrag mit Belgrad. Mussolinis Politik hat Stil, denn wir Faszisten vergessen nicht, daß die Außenpolitik mit Bajonetten und Kanonen gemacht wird." (Stürmischer Beifall.)

Doch noch ein französisch-südslawisches Bündnis?

In Pariser diplomatischen Kreisen wird davon gesprochen, daß der Vertrag zwischen Frankreich und der Tschechoslowakei, der demnächst von Herrn Benesch unterzeichnet werden wird, eine Ergänzung durch einen Vertrag zwischen Frankreich und Südslawien erhalten wird. „L'Oeuvre" teilt mit, daß dieses Gerücht von einer offiziösen Persönlichkeit bestätigt worden ist. Es wurde gesagt, daß es sich eigentlich um keinen neuen, sondern um einen schon früher beabsichtigten Vertrag handelt, denn die jetzigen Verhandlungen seien nur eine Fortsetzung der diplomatischen Vorbesprechung zwischen Frankreich und Serbien, welche vor dem Kriege im Jahre 1914 unterbrochen worden sind. Das serbische Königspaar wird im April nach Paris kommen. Bei dieser Gelegenheit soll der Vertrag unterzeichnet werden. „L'Oeuvre" findet diese Andeutung etwas geheimnisvoll. Weder Serbien noch Europa sehen heute so aus, wie sie im Jahre 1914 ausgesehen haben, und es lasse sich deshalb annehmen, daß der neue Vertrag etwas mehr sein wird als die Erneuerung des alten Entwurfs. Frankreich habe ein Recht, zu erfahren, welche politischen Absichten hinter diesen geheimen Verhandlungen verborgen seien.

Südslawische Drohungen gegen Deutschland.

Belgrad, 23. Januar. Die Regierung beschloß, dieser Tage in der Reparationsfrage einen diplomatischen Schritt bei der deutschen Regierung zu tun. Im Außenministerium wird, wie die Blätter melden, eine Note vorbereitet, die der südslawische Gesandte in Berlin, Balugdschitsch, der deutschen Regierung überreichen soll. Gleichzeitig wird auch dem hiesigen deutschen Gesandten dieselbe Note zugehen. In der Note wird die deutsche Regierung ernstlich auf die Folgen aufmerksam gemacht, welche die deutschen Staatsangehörigen in Südslawien treffen würden, falls den Reparationsforderungen Südslawiens nicht Genüge geleistet werde. Die Blättern fordern die Regierung auf, diesmal energisch vorzugehen.

Deutsches Reich.

Einberufung des Auswärtigen Ausschusses.

Der Vorstand der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion hat die Einberufung des Auswärtigen Ausschusses des Reichstages verlangt, um eine Aussprache über alle mit Frankreich schwebenden Fragen herbeizuführen. Der Auswärtige Ausschuß wird wahrscheinlich in der nächsten Woche zusammentreten, doch ist ein genauer Termin noch nicht festgelegt.

Der bevorstehende Zusammentritt des Reichstagsausschusses für auswärtige Angelegenheiten wird, wie man in politischen Kreisen hofft, eine gewisse Klärung der im Augenblick ganz unsicheren politischen Lage bringen. Die Reichsregierung wird dann nach der Beratung des Ausschusses erst ersehen können, auf welche Parteien sie sich stützen kann und wie groß die Opposition ist. Es scheint, daß die Deutschnationalen nicht mehr in so scharfer Opposition wie früher gegen die Außenpolitik der Regierung stehen, wenn sich auch ihre innerpolitische Haltung nicht geändert hat. Auch die außenpolitischen Beratungen des Kabinetts werden noch einige Tage dauern, und der deutsche Geschäftsträger in Paris bleibt zunächst noch in Berlin, weil man der Auffassung ist, daß die deutschen Entschließungen erst gefaßt werden können, wenn die Beschlüsse der Pariser Sachverständigen Klarheit über die künftige Gestaltung der Reparationsprobleme gebracht haben.

Die bayerische Verfassungsrevision.

Der „Bayerische Staatsanzeiger" veröffentlicht die erwartete Bekanntmachung über die Volksabstimmung, die zu den Fragen der Landtagsauflösung und des Ermächtigungsgesetzes Stellung nehmen soll. Die Volksabstimmung wird zwischen dem 28. Januar und dem 7. Februar stattfinden. Es handelt sich dabei um die Forderung der Bayerischen Volkspartei, den bayerischen Landtag sofort aufzulösen. Sie wird begründet mit der Ablehnung des Ermächtigungsgesetzes durch den bisherigen Landtag. Das zweite Volksbegehren fordert, daß der neu zu wählende Landtag ein Gesetz zur Umgestaltung der bayerischen Verfassung mit einfacher, also nicht, wie es die Verfassung vorschreibt, mit Zweidrittelmehrheit beschließen kann. In großen politischen Zügen besehen, würde damit auch verfassungsmäßig die Liquidation der revolutionären Vorgänge von 1918 und 1919 für Bayern beendet sein, denn die Verfassung, die durch einfache Mehrheit geändert werden soll, ist die im Jahre 1919 festgesetzte. Die Sozialdemokraten stehen zu diesem Vorgehen der Bayerischen Volkspartei in schärfster Opposition. Es sind infolgedessen bei der Volksabstimmung schärfste Parteikämpfe zu erwarten.

Kein freiwilliger Rücktritt Kahrs.

Wie die Korrespondenz Hoffmann von zuständiger Stelle erfährt, ist die Blättermeldung, der zufolge der Generalstaatskommissar v. Kahr beabsichtige, noch vor Beginn des Hitler-Prozesses freiwillig zurückzutreten, erfunden.

** **Der Attentatsplan gegen General v. Seeckt.** Der in Augsburg verhaftete Helfershelfer an dem Attentatsplan auf General v. Seeckt Tormanns, Dr. Grandel, ist in Berlin eingetroffen und einem Verhör unterzogen worden. Soweit bisher festgestellt, ist Dr. Grandel im allgemeinen geständig, an dem Attentatsplan gegen General v. Seeckt beteiligt gewesen zu sein.

Aus aller Welt.

Eine skandinavische Konferenz.

Der schwedische Außenminister Frhr. v. Würtemberg hat zu einer Konferenz in Stockholm eingeladen, auf der die politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse Schwedens, Norwegens, Dänemarks und Finnlands zur Sprache kommen sollen. Das Programm ist im einzelnen noch nicht fertiggestellt. Es handelt sich anscheinend um eine Konferenz von ähnlichem Charakter wie die während des Krieges abgehaltenen skandinavischen Konferenzen, die den Zweck hatten, die skandinavische Solidarität zu pflegen.

Krupp in Rumänien.

In Rumänien fühlte sich eine Reihe von Blättern bemüßigt, eine Pressekampagne gegen Krupp in Szene zu setzen, da verlautete, daß die Firma beabsichtige, in Arad ein größeres Gelände zur Errichtung einer Fabrik zu erwerben. Es wurden allerlei Tatarennachrichten verbreitet, hinter denen natürlich jene Unentwegten stehen, die, von der französischen Schwerindustrie beeinflußt, immer gegen Deutschland zu Felde gezogen sind. Die tatsächlichen Geschehnisse sind, wie wir von einem zuverlässigen Gewährsmann erfahren, folgende: Die Firma Krupp, vertreten durch die Herren von Thiessen und Gelsen, hatte in der Nähe von Arad ein etwa 20 Hektar großes Gelände besichtigt, das ihr zum Kauf angeboten worden war und über dessen Preis man sich bereits geeinigt hatte. Es war beabsichtigt, eine Gesellschaft mit einem Anfangskapital von 100 Millionen Lei (½ Million Dollar) zu gründen, der die technischen Kapazitäten des Landes als Verwaltungsratsmitglieder beitreten sollten. Es waren Eisengießereien und Eisenbahnreparaturwerkstätten großen Stiles geplant. Durch die scharfen Angriffe in der Presse scheint die Firma Krupp jedoch von dem Plane abgekommen zu sein, sich in Rumänien niederzulassen, was jedenfalls einen großen Nachteil für das Land bedeutet, namentlich für sein Verkehrswesen, das unter dem außerordentlich hohen Bestand von „kranken" Eisenbahnwaggons und Lokomotiven aufs schwerste zu leiden hat.

Die Kämpfe in Mexiko.

Radio meldet aus Newyork, daß die mexikanischen Bundestruppen ihre große Offensive gegen die Rebellen, die unter Befehl des Generals Estrada stehen, auf der Front von Salisco begonnen haben. Andererseits liegen Mitteilungen vor, daß die Rebellen gegenwärtig alle Petroleumgebiete im Innern Mexikos kontrollieren.

Aufstand auf den Philippinen.

Auf den Philippinen haben sich, einer Neuyorker Nachricht zufolge, aus den politischen Kämpfen bewaffnete Aufstände entwickelt. Die Aufständischen führen an vielen Orten eine regelrechte Guerilla. Amerikanische Kriegsschiffe kreuzen an den Küsten der Insel.

Rückkehr deutscher Missionare nach Togo.

Die Rückkehr der Bremer Missionare in das englische Mandatsgebiet Togos brachte ergreifende Kundgebungen der Christen und Heiden mit sich. In Keta wurden Missionar Freyburger und Frau in einem feierlichen Gottesdienst begrüßt, an dem der Oberhäuptling Sri II von Anlo teilnahm. Bei seiner Ankunft in Ho, wo am 10. September eine Synode stattfand, war der Prediger Awuma vor Freude erst sprachlos. Die Fahrt von Missionar Schosser und Frau und Missionar Schröder im Auto von Accra nach Akpafu glich, je näher sie ihrem Ziele kamen, einem Triumphzuge. Der Häuptling sandte der Missionarin seine Hängematte entgegen und kam dann mit Musik, begleitet von sämtlichen Lehrern und vielen Christen. Fahnenschwenker liefen um den stets wachsenden Zug, der ein Loblied nach dem anderen anstimmte. Auf der Station war alles in guter Ordnung, das Haus frisch gekalkt und geteert. Im Abendgottesdienst drückte der eingeborene Prediger Akude die große Freude der schwarzen Christen über die Rückkehr der deutschen Missionare aus.

Die amerikanischen Bankiers gegen Beschränkung der Einwanderung. Aus Neuyork wird gemeldet, daß der Verband der amerikanischen Bankiers der Regierung eine Denkschrift übersandt hat, in der er sich entschieden gegen die Beschränkung der Auswanderung nach den Vereinigten Staaten wendet, da sie eine Erhöhung der Löhne zur Folge habe, wodurch sich die amerikanische Produktion verteuere und infolgedessen die Konkurrenzfähigkeit erheblich leide. Die Denkschrift verlangt volle Aufhebung der Einwanderungsbeschränkungen für Landleute, da es hier an Fachleuten fehle.

Der Apotheker von Niedergersdorf

Roman von **Otto Berndt.**

(7. Fortsetzung.) (Nachdruck untersagt.)

„Hör' mal, Karl, wir wollen mal vernünftig reden. Ich habe Dich gern, natürlich, aber wie kannst Du nur denken! Eben weil Du älter bist und trotzdem ein guter Gesellschafter, deswegen hat Dich auch Fräulein von Wehrhahn — das war die Gesellschafterin — gern; aber — Du hast doch nicht einen Augenblick denken können, daß ich Dich heirate! Ich habe mir sogar Vorwürfe gemacht, daß Du um meinetwegen Deine Apotheke vernachlässigst. Ich weiß, Du bist kein reicher Mann — und Du liebst mich auch gar nicht — was willst Du mit mir? Du bist ja viel zu gelehrt für mich. Du denkst nur an mein Geld. Das tut mir von Dir eigentlich leid — aber nein — wenn Du was brauchst — ich will Dir gern geben. Wende Dich an den Justizrat, und ich werde ihm sagen, daß ich Dir helfen will — aber heiraten —"

Sie war schon wieder nahe daran, aufzulachen.

Carlos Mergener hatte zugehört. Grete, die ihn nicht ansah, merkte nicht, wie ihm das Blut in die Wangen stieg, wie seine Stirnnarbe anschwoll. —

Er wußte eigentlich selbst nicht, wie er aus dem Schlosse gekommen. Fräulein Wehrhahn und die Diener, die herzukamen, fanden Grete in einem Schreikrampf am Boden und — immer vor Wut schreiend und schimpfend, mit hochrotem Kopf, stürzte Mergener an ihnen vorüber aus dem Tore nach dem Schloßhügel hinüber.

Unten im Dorf Hellrungen war eine Kneipe — eine ganz gewöhnliche Bauernschenke. Mergener riß die Tür auf.

„Einen Kognak!"

Der Wirt brachte ein Glas — er goß es hinab.

„Unsinn, eine Flasche!"

„Aber Herr Mergener!"

„Eine Flasche Kognak will ich — zum Teufel! — ist hier eine Wirtschaft oder nicht? Glauben Sie, daß ich kein Geld habe?"

Er riß eine Handvoll Scheine aus der Tasche und warf sie achtlos auf den Schenktisch, daß sie herumflatterten, Tausender, Hunderter, Fünfziger, alles durcheinander.

„Aber Herr Mergener, ich bringe ja schon!"

Kopfschüttelnd holte der Wirt die Flasche. Mergener riß sie ihm aus der Hand, goß den Kognak in ein leeres Bierglas und trank.

„Aber Herr Mergener, was ist Ihnen denn?"

Diesmal war es nicht der Wirt, sondern der Gendarm Hintermüller, der ebenfalls in der Gaststube seinen Schoppen trank, der ihn fragte.

„Wütend bin ich — sehen Sie das nicht?"

Der Gendarm lachte.

„Das sehe ich allerdings, aber —"

„Darf ich vielleicht nicht wütend sein? Muß ich erst die Polizei um Erlaubnis fragen?"

„Aber Herr Mergener!"

Er goß den Rest der halben Flasche in seine Kehle und rannte fort.

„Herr Mergener, Ihr Geld!"

„Schmeißen Sie es in den Ofen meinetwegen!"

Er war schon draußen. Der Gendarm sah ihm nach.

„Der hat wieder den Tropenkoller, wie es Dr. Cromer nennt."

Der Wirt schüttelte den Kopf.

„Wollen Sie ihm nicht lieber nach — jetzt noch der viele Kognak!"

„Sie haben recht!"

Herr Hintermüller bestieg sein Fahrrad und radelte hinter Carlos her. Der taumelte den Weg entlang. Der Kognak war's nicht. Er hatte in den Tropen oft mehr Whisky getrunken als das bißchen Fusel. Der Gendarm hörte ihn laut vor sich hinschimpfen.

„Morden könnt' ich sie! Morden mit kalter Hand! So eine Gans! So ein hergelaufenes Frauenzimmer! Würgen, vergiften, mit kalter Hand vergiften!"

Der brave Hintermüller war entsetzt.

„Aber ich bitte Sie, Herr Mergener!"

„Da sind Sie auch schon wieder?"

„Ich will Sie nur bitten, nicht so laut zu sprechen."

„Ich spreche, wie mir's paßt."

„Aber wenn das jemand hört! Sie schrien eben ganz laut, Sie wollen jemand ermorden."

Mergener drehte sich um. Er zitterte vor Jähzorn und sinnloser Wut. Er packte den Gendarm an den Schultern.

„Will ich auch — ist auch mein Ernst! Wenn Sie mal hören, daß die dumme Pute da oben im Schlosse, das hergelaufene Schlossermädel, ermordet ist, dann war ich's. Erwürgen, vergiften! Nein, erwürgen mit diesen Händen!"

Der Wutanfall hatte seinen Höhepunkt erreicht, und Schaum stand vor seinem Mund.

„Um Himmels willen!"

Ein fast irrer Blick traf des Polizisten Gesicht, und doch blitzte es in diesem Blick urplötzlich wie ein Lachen auf. Der dicke Gendarm war vor Entsetzen ganz blaß geworden. Mergener lachte verächtlich.

„Es wäre nicht die erste gewesen — gewiß nicht — wenn Sie wüßten, Herr Hintermüller!"

„Aber —"

Mergener wurde nachdenklich, er ließ den Gendarm los.

„Ihr Schlappmichel — wenn Ihr wüßtet, wie's in Brasilien zugeht! Da wehrt man sich seiner Haut —"

Er war stumpfer geworden und lallte vor sich hin.

„Es wär' nicht die erste, gewiß nicht —"

Jetzt ging er ganz still neben dem Gendarmen, hörte sogar auf zu torkeln. Vor der Stadt richtete er sich auf. Er schien wieder vollkommen der alte.

(Fortsetzung folgt.)

Die Vermögensabgabe in Getreide.

In der „Gazeta Powszechna" Nr. 19 vom 23. Januar 1924 gibt der Wirtschaftliche Zentralverein den Interessenten in der Landwirtschaft zur Kenntnis, daß in Verbindung mit der durch die Landwirte zu zahlenden Vermögenssteuer durch die Oberste Landwirtschaftliche Organisation (Naczelna Organizacja Ziemiańska) folgende Entscheidungen erwirkt worden sind, die in entsprechenden Verordnungen ihren Ausdruck finden werden.

1. Weil in sehr vielen Fällen die Höhe der Vorauszahlung auf die Vermögenssteuer, die im Februar und März durch Anwendung des Teilers 3500 auf die Dezembervorauszahlung zu zahlen ist, eine zu hohe Summe darstellt, deswegen ist obige Vorauszahlung zu beschränken auf die Höhe eines Drittels der gesamten Vermögenssteuer.

2. Demgegenüber, daß die Ablieferungstermine für das zur Vermögenssteuer deklarierte Getreide in vielen Fällen nicht mit den Fälligkeitsterminen der Vorauszahlung übereinstimmen, vielleicht deshalb, weil die landwirtschaftlichen Syndikate bei der Verteilung ihrer Transporttätigkeit das Getreide nicht zur rechten Zeit abnehmen, so werden in diesen Fällen keine Exekutivmittel gegen die Landwirte, die die Deklaration unterschrieben haben, angewandt werden. Die Schatzämter werden von den Zahlungspflichtigen nur Bareinzahlung des Unterschiedes fordern, der sich zwischen dem Betrage der für Februar und März bestimmten Vorauszahlung und dem Werte des deklarierten Getreides ergibt.

3. Diejenigen Zahlungspflichtigen, die von dem oben dargelegten Aufschub Gebrauch machen, haben nur für die Stundung der Summe des Getreidewertes Zinsen zu zahlen, jedoch nicht höher als 2 Prozent monatlich. Um weitere Erleichterungen der Steuereinzahlung und um Entgegenkommen gegenüber den Landwirten, die dieses verdienen, im Wege der Kreditbeschaffung werden wir uns bemühen und beginnen die nötigen Erhebungen. Wir bemerken dabei freilich, daß wir entschieden nicht intervenieren werden, Erleichterungen und Entgegenkommen für diejenigen Landwirte herbeizuführen, die keine Deklaration unterschrieben haben, wiewohl sie Getreide zu verkaufen haben. Deswegen bitten wir nachdrücklich darum, so energisch wie möglich sich darum zu bemühen, daß eine allgemeine und massenweise Unterzeichnung der Deklaration herbeigeführt werde, so viel nur jeder dazu imstande ist. Wir werden uns bemühen, den Schwierigkeiten entgegenzuarbeiten, die bei der Getreideabnahme aus der Sortenverschiedenheit entstehen könnten.

Aus Stadt und Land.

Posen, den 24. Januar.

Stadtverordnetensitzung.

Im Mittelpunkt der gestrigen Stadtverordnetensitzung stand die Angelegenheit der Erbauung einer neuen städtischen Flußbadeanstalt, die sich als notwendig erwiesen hat, da die alte gewisse Mängel aufweist. Die neue Anstalt soll auf der historischen „Bocianka" erbaut werden. Die ursprünglich veranschlagte Summe der Baukosten wurde aus Sparsamkeitsrücksichten erheblich herabgesetzt. Für die Erdarbeiten und den Bau wurden insgesamt 200 000 Złoty bewilligt. Bei den Erdarbeiten bietet sich die willkommene Gelegenheit, viele Arbeitslose zu beschäftigen.

Stadtv. Buggel gab zwar die Zweckmäßigkeit des Bauplanes zu, erklärte aber die Erbauung von Badeanstalten in den einzelnen Stadtteilen, die noch keine besitzen (Jersitz soll demnächst eine erhalten), für aktueller und für ein Gebot der elementaren Hygiene. Die Badeverhältnisse innerhalb der Stadt ließen zu wünschen übrig. Obwohl seine Partei, die Christl. Demokratie, mit dem Bauprojekt an sich einverstanden sei, werde sie eben doch nicht für das Projekt stimmen.

Stadtv. Sieradzki erklärte, daß die Nationale Arbeiterpartei gegenüber dem Bauplan eine wohlwollende Haltung schon aus dem Grunde einnehme, weil dadurch der Arbeitslosennot gesteuert werde. Bei dieser Gelegenheit fragte der Redner, wie sich der Magistrat die Verlängerung der Straßenbahnlinie 3 nach dem Eichwald denke.

Vor dieser Verlängerung ist jedoch in diesem Jahre die Verbindung mit Główno geplant, das jetzt rd. 8000 Einwohner zählt. Auch weitere Erweiterungspläne werden in der nächsten Zeit die Stadtväter beschäftigen.

Dem vom Stadtv. Buggel eingenommenen Standpunkt zum geplanten Bau der neuen Flußbadeanstalt trat der Stadtpräsident Ratajski entgegen. Aus der geringen Badefrequenz in der Stadt ließe sich nicht das dringende Bedürfnis herleiten, das der Stadtv. Buggel sehe. Überdies könne bei den geplanten Erdarbeiten ein größeres Aufgebot von Arbeitslosen Beschäftigung finden, während bei Brausebäderbauten die Dinge anders lägen.

Der Führer der Sozialdemokraten, Stadtv. Śniady, erklärte sich im Namen seiner Partei für die vom Stadtv. Ballenstedt als Berichterstatter begründete Bauvorlage, die dann angenommen wurde.

Vor Erledigung dieser Vorlage wurden Wahlen vollzogen und den städtischen Beamten usw. Vorschüsse in Aussicht gestellt, da die neue Gehaltsordnung im Ausschuß noch nicht verabschiedet worden ist.

Zum besoldeten Stadtrat

wurde der Stadtkrankenhausdezernent Dr. Szulc mit 30 Stimmen gewählt. 4 Stimmzettel waren leer.

Das von den Hausbesitzern in einem Schreiben an das Starostwo Grodzkie angestrebte

Recht der Ausübung polizeilicher Funktionen

— es handelt sich hier um die polizeilichen Meldungen — war Gegenstand von Ausschußberatungen, die zu einer ablehnenden Stellungnahme führten, die vom Stadtv. Wybieralski begründet wurde. Obwohl mit Rücksicht auf den Zustrom unerwünschter Elemente nach Posen und die Möglichkeit ausgedehnterer Steuererfassung, die natürlich im Interesse der Stadt liege, die gewünschte Kontrolle nicht von der Hand zu weisen sei, könne den Hausbesitzern doch nicht die Polizeigewalt gegeben werden, deren Ausübung eine Änderung der Verhältnisse auf dem Gebiete des Mietswesens herbeiführen könnte. Überdies könnten bei nicht rechtzeitigen Meldungen den Hausbesitzern unangenehme Strafen erwachsen. Ferner dürfe man aus ihnen keine Polizeigehilfen machen. Polen sei Polizeistaat genug, um nicht noch dessen Rückgrat stärken zu müssen. Die Funktionen würden den Charakter eines Spitzeltums tragen.

Zu der Vorlage über die

Erhöhung der Elektrizitätspreise

ergriff nach dem Referenten der Stadtv. Habel das Wort, um gegen die 50prozentige Mehrbelastung der Lokale Stellung zu nehmen. Die Meinung, daß die Lokale über den Besuch nicht zu klagen hätten, treffe nicht überall zu. Wie der Stadtpräsident mitteilte, soll im Zusammenhang mit der Valorisation die Aufhebung der Ausnahmebelastung, die ja auch die Banken, Hotels, Kinos usw. betrifft, erwogen werden.

Zum Schlusse der Sitzung trat Stadtv. Habel dafür ein, daß bei den Bekanntmachungen des Magistrats in der Presse keine Bevorzugung geübt werde.

✕ **Noch zwei neue Briefmarken.** Der Valorisierung des Posttarifs entspricht die Tatsache, daß in diesen Tagen auch eine 200 000 Mk.-Marke herausgegeben worden ist. Sie gleicht in ihrem Format der inzwischen eingezogenen 2000 Mk.-Marke, nur unterscheidet sie sich von ihr in der Farbe, indem sie blaßblau gefärbt ist, während die 2000 Mk.-Marke sich durch ein kräftiges Dunkelblau auszeichnete. Die Zahl „2000" ist durch „Mk. 200 000 Mk." ersetzt. Weiter ist auch noch eine neue 300 000 Mk.-Marke herausgegeben. Sie gleicht den übrigen (Nichtaufdruck-) Marken, ist von violetter Färbung und trägt die Wertbezeichnung „Mk. 300 000 Mk.".

✕ **Der Einzelpreis der Warschauer Tageszeitungen** beträgt gegenwärtig 250 000 Mark.

✕ **Die unterbrochene Großstadtreise.** Gestern traf ein Brüderpaar, jeder noch nicht 20 Jahre alt, aus einem kleinen Städtchen in der Nähe von Inowrocław mit der Eisenbahn auf dem hiesigen Bahnhofe ein. Ihr etwas scheues Benehmen im Verein mit der Tatsache, daß sie unter der Last eines Koffers schwer keuchten, erweckte auf der Straße das Interesse eines Polizeibeamten. Dieser nahm sich der beiden Reiselustigen liebevoll an und lud sie zu einem Gange nach dem 2. Polizeirevier in der Wielkie Garbary 27 (fr. Gr. Gerberstr.) ein. Bei einer Durchsuchung des Koffers wurden hier allerlei sicherlich aus einem Diebstahl stammende Sächelchen, wie Tischtücher, Rouleaux, Handtücher, Servietten, teilweis B. P. gezeichnet, eine Geige im Kasten, ein Glaserdiamant, Bettdecken, ein Dolch, eine Aktentasche und — 37 Patronen zutage gefördert. Es ist wahrscheinlich, daß die beiden Jünglinge das Eigentum ihrer Eltern vor ihrer Reise nach Posen etwas vermindert haben.

✕ **Die Eigentümer von gestohlenen Sachen gesucht.** Noch immer lagern im Zimmer 37 der Kriminalpolizei aus Diebstählen, die in der Zeit von Ende 1922 bis Oktober 1923 verübt worden sind, herrührende Sachen, und zwar Damenmäntel, Herrenüberzieher, zwei Herrenanzüge, Gobelins, neusilberne Messer und Gabeln, deren Griffe mit Verzierungen versehen sind, Wäschestücke, sowie Kaffeekannen aus Nickel oder Neusilber. Wer in der angegebenen Zeit bestohlen worden ist und solche Sachen, wie oben angegeben, vermißt, kann sich im Zimmer 37 der Kriminalpolizei melden.

✕ **Diebstähle.** Gestohlen wurden durch Einbruch in einen Laden in der ul. Wrocławska 22 (fr. Breslauer Str.) 8 farbige Gemsleder, 45 Quadratfuß, 6 schwarze Gemsleder, 35 Quadratfuß, 10 schwarze Boxcalf, 80 Quadratfuß, sowie 4 Dutzend Gummiabsätze und 100 Millionen Mk. bares Geld im Gesamtwerte von 1¼ Milliarden; vom Hofe Wolnica 6 (fr. Wronker Platz) 2 Fässer Heringe für 406 Millionen; aus einem Entree in der ul. Bóżnica 15 (fr. Am Tempelplatz) ein Damenmantel und ein Herrenüberzieher im Werte von 700 Millionen; von einem Magistratswagen in der ul. Polna (fr. Feldstr.) wurden zwei Pferdedecken im Werte von 50 Millionen Mk. gestohlen.

✕ **Wieder Kälte!** Gestern abend fiel das Thermometer auf — 8 Grad Cels., heut früh 7 Uhr betrug die Kälte sogar — 12 Grad.

✕ **Wegen Diebstahls von Klosettröhren** wurden drei eben der Schule entwachsene Jungen festgenommen.

✕ **Polizeilich festgenommen** wurden gestern: 2 Betrunkene, 12 Dirnen, 2 Obdachlose, 1 Bettler, 9 Personen wegen Diebstahls. — Recht interessant sind folgende Zahlen für den ganzen Monat Dezember 1923: 174 Betrunkene, 277 Dirnen, 44 Obdachlose, 20 wegen Unzuchtverdachts, 13 Bettler, 107 Diebe, 3 wegen Unterschlagung, 5 Betrüger, 4 Hehler, gesuchte Personen, 1 Zuhälter, 5 Personen wegen Beihilfe zum Diebstahl.

---

* **Inowrocław,** 23. Januar. Das hiesige Postamt bittet den „Kuj. Bot.", mitzuteilen, daß in den nächsten Tagen der Briefmarkenbestand im hiesigen Postamt erschöpft sein wird, und daß infolge Überlastung der staatlichen Druckereien vorübergehend kein Eingang neuer Briefmarken erfolgen soll. Um jedoch dem Publikum die Möglichkeit zu geben, Postsachen zu befördern, werden diese am Schalter 11 gegen Entrichtung der Portogebühren in bar abgegeben werden können, so lange der Briefmarkenmangel andauert.

□ **Lissa i. P.** 23. Januar. Hier kostet jetzt ein Kubikmeter Gas 670 000 Mk., eine Kilowattstunde elektrisches Licht 1 500 000 Mk., elektrische Kraft 1 400 000 Mk., ein Kubikmeter Wasser 300 000 Mk.

Handel und Wirtschaft.

♂ **Die Kohlenausfuhr Polnisch-Oberschlesiens nach Deutschösterreich** ist nach den vorläufigen Berechnungen mit 5 Millionen Tonnen zu veranschlagen. Seit einiger Zeit haben sich jedoch die österreichischen Bestellungen verringert, da inzwischen auch tschechoslowakische Kohle wieder günstiger eingekauft werden konnte. Mit der Fortdauer dieses Umstandes ist auch in der nächsten Zeit zu rechnen, so daß für das neue Jahr der ostoberschlesische Kohlenexport nach Österreich kaum eine Zunahme erfahren dürfte.

♂ **Neue polnische Ausfuhrabgaben.** Das Warschauer Finanzministerium hat folgende Ausfuhrabgaben festgesetzt, die bis auf Widerruf Geltung haben: 0,83 Goldfranc von 100 Kilogramm Hirse, 1,55 Goldfr. von 100 Kilogramm Buchweizen, 2,07 Goldfr. von 100 Kilogr. Bohnen, 2,33 Goldfr. von 100 Kilogr. Erbsen, 0,21 Goldfr. von 1 Kilogr. geschlachtetem Geflügel, 0,78 Goldfr. von einer lebenden Pute, 0,62 Goldfr. von einer lebenden Gans, 0,41 Goldfr. von einer lebenden Ente, 0,31 Goldfr. von einem lebenden Huhn.

Von den Märkten.

Holz in Grodno. Der Bargeldmangel hat im Verein mit den hohen Eisenbahntransportkosten und der ungünstigen Konjunktur auf den ausländischen Absatzmärkten eine weitere Abschwächung der Preise für Holzmaterialien, besonders der Exportgattungen bewirkt. Das Angebot von Material aus der laufenden Einschlagskampagne nimmt ständig zu. Verlangt wurden für nicht ausgehauene Grubenhölzer in Kiefer 8½ Schilling, gezahlt wurden 8 sh pro m³, für Telegraphenstangen in normalen Ausmaßen 14 sh pro m³. Für unsortierte Kiefernklötze von 25 cm Durchmesser am dünneren Ende wurden 18 sh pro m³ verlangt, doch konnten nicht mehr als 17 sh erzielt werden. Langholz in Kiefer von 16—18 cm am dünneren Ende 14—15 sh. Exportklötze in Fichte 12—15 Proz. billiger. Brennholz in Scheiten (halb trocken, gemischt, überwiegend Kiefer) bis zu 15 Millionen pro Tonne loko Waggon. Fichtenblöcke zu Zellulose und Holzmasse kamen auf 1,50 Dollar pro Festmeter. Für engl. Kiefernbohlen in normalen Ausmaßen wurden bis 2,5 Pfund Sterling verlangt. Zahlen wollte man nicht mehr als 2 Pfund Sterl. pro m³. Für Tischlerbretter in Kiefer, unbeschnitten, wurden bis 1,15 Pfund Sterl. verlangt, für Zimmermannsbretter in Kiefer 25 bis 26 sh. Der Bargeldmangel erschwert die Entwicklung größerer Transaktionen.

Wolle. Posen, 22. Januar. (In Millionen Mkp.) Preise im Einkauf: I. 220, II. 230, III. 240; im Verkauf: I. 230, II. 240 III. 250.

Metalle. Berlin, 22. Januar. Elektr. Kupfer 121.15, Raff. Kupfer 104—107, Orig. Hüttenweichblei 0.58—0.60, Hüttenrohzink 0.63—0.65, Remelted Plattenzink 0.50—0.52, Aluminium in Blocks und Barren 2.00, Walz- u. Drahtbarren 2.10, Zinn (Banka, Straits, Austral) 4.80—4.85 Hüttenzinn 4.65—4.70, Reinnickel 2.30—2.40 Antimon Regulus 0.65—0.67, Silber in Barren (900 fein) 86.50—87.50.

London, 21. Januar. Standardkupfer 61.8.9, — drei Mon. 62.89, Elektrolitkupfer 67.4, Standardzinn 252.6 — 3 Mon. 253.4 Blei bar 33.10 — 3 Mon. 32.2.6, Zink bar 35.12.6 — 3 Mon. 34.17.6, Engl. Antimon 44.15, Quecksilber 90.15.

Neuyork, 21. Januar. (Cts. pro lbs.) Elektrolitkupfer 12.50, Zinn 49.50, Blei 8.12, Zink 6.50, Roheisen (Dollar pro 1 To.) 22,75, Weißblech (Dollar pro 100 lbs.) 5,50.

Börse.

⧧ **Warschauer Börse vom 22. Januar.** (Markt der nichtnotierten Werte). Cyyvie 50 000, Pruszków 1200, Elektrownia na Sanie 1100, Gazy Ziemne 110 000, Jaworzno 150 000, Kauczuk 700, Lokomotywy 10 000, Jabłkowscy Wilno 180, Nitrat 1700, Opatówek 1000, Machlejd 7000, Hurt. Opałowa 100, Ziemiopłody 2750, Przem. Chem. w Zgierzu 23 000—24 000, Schön 550 000 Cukrownia Trawniki 5000—5500, Zakłady Górnicze „Polprod" 2 00, Zeydler 2600, M. Zagajski 6800, Przemysł Terpentynowy w Polsce 1600, Sarniańska Huta Szklana 80, Lechita 800.

⧧ **Die poln. Mark am 22. Januar. Danzig:** 0.588—0.592 (Parität: 1 695 000). Auszahlg. Warschau 0.563—0.567 (Parität: 1 770 000). **Prag:** 2.975—3.775 (Parität: 370 000). Auszahlung Warschau 3.225—4.025 (Parität: 310 000). **Wien:** 71—81 (Parität: 141.—). **London:** Auszahlung Warschau 0.00000244 (Parität: 41 000 000). **Zürich:** Auszahlung Warschau 0.00008 (Parität: 1 250 000). **Bukarest:** 0.0019 (Parität: 52 600). **Tschernowitz:** 0.00235 (Parität: 42 900).

⧧ **Die P. K. K. P. zahlte am 22. Januar für Gold- und Silbermünzen die gleichen Preise wie am 21. Januar.** (Siehe „Pos. Tagebl." Nr. 20 v. 24. 1. 24.)

⧧ **Berliner Börse vom 22. Januar.** (In Millionen Mk., Wien und Budapest in 1000 Mk.) **Amsterdam 1 566 075,** Brüssel 173 565, Christiania 573 563, Kopenhagen 675 806, Stockholm 1 0?7 250, Helsingfors 105 246, Italien 184 288, **London 17 855 250, Neuyork 4 189 500,** Paris 191 021, **Schweiz 731 168,** Spanien 535 159 Japan 1 875 300, Wien abgest. 59 850, Prag 122 692, Budapest 149 625, Bulgarien 30 174, Jugoslawien 48 378.

⧧ **Ostdevisen in Berlin vom 22. Januar. Freiverkehr.** (In Millionen, poln. in 1000 Mk.) Auszahlung: Bukarest 20 895 G., 21 105 B., Riga 794 000 G., 806 000 B., Reval 10 570 G., 10 730 B., Kowno 405 900 G., 414 100 B., Kattowitz 390 G., 400 B. — Noten: polnische 365 G., 385 B., lettische 760 500 G., 799 500 B., estnische 10 040 G., 10 560 B., litauische 419 250 G., 440 750 B.

⧧ **Züricher Börse vom 22. Januar.** (Amtlich.) Neuyork 5.805 London 24.41, Paris 25.80, Wien 0.008125, Prag 16.85, Mailand 25.05, Brüssel 23.80, Budapest 0.02, Helsingfors 14.40, Sofia 4.10 Amsterdam 214, 342, Christiania 81, Kopenhagen 95, Stockholm 150, Madrid 73,50, Bukarest 2.90, Berlin 1.40, Belgrad 6.625, Athen 11, Konstantinopel 3.05.

Kurse der Posener Börse.

(Notierungen in 1000 %.)

	24. Januar	22. Januar
Bankaktien:		
Bank Przemysłowców I.—II. Em.	850	—,—
Bank Zw. Spółek Zarobk. I.-XI. Em.	2 100—2 000	2 200—2 100
Polski Bank Handl., Poznań I.—IX.	850	850
Pozn. Bank Ziemian I.—V. Em.	200—210	240—230
Wielkop. Bank Rolniczy I.-IV. Em.	—,—	70
Bank M. Stadthagen-Bydgoszcz I.—IV. Em. (exkl. Kup.) . . .	—,—	950
Bank Młynarzy I.—II. Em.	80	—,—
Industrieaktien:		
Arcona I.—V. Em.	600	—,—
R. Barcikowski I.—VI. Em. . . .	170	170
Browar Krotoszyński I.—IV. Em. .	1000	1000—950
H. Cegielski I.—IX. Em. (o. Bezr.)	250—235—250	260—210
Centrala Rolników I.—VII. Em. .	100—90	110—100
Centrala Skór I.—V. Em.	750—725—750	850
Galwana	—.—	400
Goplana I.—III. Em.	400	—.—
C. Hartwig I.—VI. Em.	250—275	250
Hurtownia Drogeryjna I.—III. Em.	65	—.—
Hurtownia Związkowa I.—IV. Em.	65	—.—
Hurtownia Skór I.—III. Em. . .	—.—	150
Herzfeld-Viktorius I.—II. Em. . . .	2 000	2 200
Hurt. Spółek Spożywców I.-II. Em.	—.—	270
Iskra I.—III. Em.	725	—.—
Len w Toruniu	—.—	400
Lakoma I.—II. Em.	—.—	250
Luban, Fabryka przetw. ziemn. I.-IV.	18 000—17 000—17 750	18 000
Marynin Zakł. ogrodn. w Warszawie	100	120—100
Dr. Roman May I.—IV. Em. . .	8 500—9 500	10 000—8 000
Młyn Ziemiański I.—II. Em. . . .	375	375
S. Pendowski I.—III. Em.	—.—	250
Płótno I.—III. Em.	230—250—240	260—250
Pozn. Spółka Drzewna I.-VII. Em.	600—550—560	550—575—550
Pneumatik I.—IV. Em.	60—50	60
Tkanina I.—IV. Em.	170	170
Tri I.—III. Em.	950	1 150
„Unja" (früher Bentzki) I. u. III. Em.	2 500—2 400	2 600—2 500
Wisła, Bydgoszcz I.—III. Em. . .	3 800—4 000	4 200—4 000
Włókno I.—IV. Em.	500—475	475
Wytwornia Chemiczna I.—IV. Em.	180	190—180
Zjed. Browar. Grodziskie I.—IV. Em.	580	600—580

Tendenz: schwach, gegen Schluß etwas fester.

⧧ **Die Goldmark in Polen,** errechnet aus dem Dollarkurs der Warschauer Vorbörse vom 24. 1. 24 (1 Dollar = 4.20 Goldmark) 2 335 000 Mkp.

⧧ **Danziger Dollarparität,** errechnet aus dem Guldenkurs der Danziger Vorbörse vom 24. 1. 24. 1 Dollar in Polen = 10 175 000 Mkp. (1 Dollar = 4.20 Goldmark), 1 Goldmark = 2 425 500 Mkp.

Danziger Mittagskurse vom 24. Januar.

1 Million poln. Mark	0,58 Gulden
1 Dollar	5,89 „

Warschauer Vorbörse vom 24. Januar.

Dollar 9 725 000—9 800 000. Engl. Pfund 41 750 000. Schweizer Franken 1 704 000. Französischer Franken 452 000.

⧧ **Valorisierungsfrank für den 25. Januar 1924 1 910 000 Mkp.**

Warschauer Börse vom 23. Januar.

Devisen:

Belgien	405 000	Paris	453 000
Berlin und Danzig . . .	——	Prag	286 750—286 250
London .	41 850 000—41 750 000	Schweiz	1 706 000
Neuyork	9 875 000	Wien	139.75—138.75
Holland . .	3 670 000—3 655 000	Italien	437 000
Goldfrank	1 910 000	Złotybons IIa	1 400 000—1 500 000

Aus Stadt und Land.

Posen, den 24. Januar.

Worte zur Altershilfe.

Der Appell an die Altershilfe hat seine Wirkung nicht verfehlt: Die Unterstützungen an Geld und Naturalien sind reichlich eingegangen, und Hunderte von alten, arbeitsunfähigen Bewohnern unseres Landes sind vor der äußersten Not bewahrt geblieben. Aber der Winter hat sein Regiment noch nicht aufgegeben und der Liebesquell darf nicht versiegen. Durch die Länge und Strenge des Winters mehrt sich die Zahl der Bedrängten; ganz besonders gilt es jetzt denen näher zu treten, die einst bessere Tage gesehen und ihr unverschuldetes Elend nicht öffentlich zeigen wollen. Da dürfen **alle**, selbst die weniger Begüterten ihre Mitwirkung nicht versagen; denn viele Wenig machen auch ein Viel. Und wenn später die wärmende Frühlingssonne wieder durch unsere Fenster scheint, dann wird es **jedem** eine Freude sein, das Bewußtsein zu haben, wenn auch ungenannt doch zur Linderung der Not unserer Brüder und Schwestern sein Scherflein beigetragen zu haben.

Wohltaten, still und rein gegeben,
Sind Tote, die im Grabe leben,
Sind Blumen, die im Sturm bestehn,
Sind Sterne, die nicht untergehn.

Schulrat **Baumhauer**.

Geldspenden nehmen alle deutsche Banken, Lebensmittel das Bureau der Altershilfe, Wały Leszczyńskiego 2 (früher Kaiserring), entgegen.

Sonnen- und Mondfinsternisse 1924. Im Jahre 1924 werden wir drei Sonnen- und zwei Mondfinsternisse haben. Eine totale Mondfinsternis ist am 20. Februar, eine partielle Sonnenfinsternis am 5. März, die aber bei uns nicht sichtbar ist. Ebenso kann die teilweise Sonnenfinsternis am 31. Juli hier nicht beobachtet werden. Weiter ist am 14. August eine teilweise, von uns aber nicht wahrnehmbare Verfinsterung der Sonne.

× **Erledigte evangelische Pfarrstellen.** Neu zu besetzen sind die evangelischen Pfarrstellen in **Ritschenwalde** und in **Rogasen**. Bewerbungen um die erstere Stelle an das **Konsistorium**, um die zweite an den Superintendenturverweser, Pfarrer **Schwerdtfeger** in Kolmar.

Erhöhung der Sachverständigengebühren. Das Handelsministerium hat sich an die Handels- und Gewerbekammern Westpolens mit dem Ersuchen gewandt, die Gebühren für zivile Sachverständige neu zu regeln. Darauf sind diese Gebühren in Posen und Pommerellen auf 3 bis 6 polnische Gulden täglich festgesetzt worden, wenn der Sachverständige innerhalb seines Wohnortes tätig ist; und auf 13 bis 15 polnische Gulden zuzüglich Eisenbahnfahrkarte 2. Klasse, wenn er außerhalb seines Wohnortes tätig ist.

—i— **Filehne,** 22. Januar. Der **evangelische Kirchenchor** beginnt seine Gesangsübungen wieder am 28. d. Mts. (Damen und Herren versammeln sich 8 Uhr abends im Gemeindesaal). Da am 2. März bereits ein besserer Familienabend abgehalten werden soll, ist ein pünktliches und vollzähliges Erscheinen durchaus erwünscht. Gesang und Vorspiel zu dem Märchenspiel: „Die Rosenelfe" „sitzen" fast, und die Übungen der Erwachsenen beginnen am 27. d. Mts., abends 8 Uhr, im kleinen Saal. Rechtzeitig wird das „Posener Tageblatt" das reichhaltige Programm veröffentlichen. Die Einnahme soll der leeren Gemeindehauskasse zugute kommen, die vor neuen großen Ausgaben steht.

Aus Kongreßpolen und Galizien.

* **Krakau,** 22. Januar. Hier beging, wie die „Weichsel-Post" meldet, der ehemalige **Präses des Bezirksgerichts** Dr. **Dyonizy Pogorzelski Selbstmord.** Dr. Pogorzelski erschien im Bureau des Schiedsamtes im Magistrat und bereitete seinem Leben durch einen Revolverschuß ein Ende. Das Motiv zur Tat soll äußerste Not gewesen sein.

Briefkasten der Schriftleitung.

(Auskünfte werden unseren Lesern gegen Einsendung der Bezugsquittung unentgeltlich, aber ohne Gewähr erteilt. Briefliche Auskunft erfolgt nur ausnahmsweise und wenn ein Briefumschlag mit Freimarke beiliegt.)

E. W. 1. In Landgemeinden sind für die Fleischbeschau eines Schweines mit Fleisch- und Trichinenuntersuchung 16 Pfd. Roggen zu bezahlen; außerdem ist die **volle** Kilometerzahl in Roggen zu begleichen. Wir können Ihnen jedoch leider nicht sagen, in welchem Betrage für das Kilometer. Das muß Ihnen Ihr Gemeindevorsteher sagen können. 2. Wir nehmen an, daß dem Distriktskommissar, der doch zweifellos auf höhere Anweisung handelt, dieses Recht zusteht.

E. W. 1000. 1. Da können wir Ihnen keinen Rat erteilen. 2. Sie sind zur nochmaligen Erteilung der Quittung nicht verpflichtet.

H. in W. Am 23. Januar hatte 1 Million Mk. poln. einen Wert von 0,46 deutscher Rentenmark.

R. in B. 1. Der Standpunkt der deutschen Sparkasse ist nach einer Reichsgerichtsentscheidung durchaus berechtigt. Sie werden bei der Kasse anfragen müssen, unter welchen Voraussetzungen sie Ihnen die löschungsfähige Quittung geben will. 2. Sie können schon aus dem Grunde, weil Sie seinerzeit Ihre Prämien in polnischer Mark bezahlt haben, nicht ohne weiteres die Auszahlung der Versicherungssumme in Goldmark beanspruchen. 3. Das Gleiche gilt von den Spareinlagen.

Die heutige Ausgabe hat 4 Seiten.

Hauptschriftleitung: Dr. Wilhelm Loewenthal.
Verantwortlich für Polen und Osteuropa Dr. Wilhelm Loewenthal; für den übrigen politischen Teil Dr. Martin Meister; für Stadt und Land Rudolf Herbrechtsmeyer; für Handel und Wirtschaft und den übrigen unpolitischen Teil Robert Styra; für den Anzeigenteil M. Grundmann. — Druck u. Verlag der Posener Buchdruckerei u. Verlagsanstalt, T. A., sämtlich in Poznań.

Wer hilft mit?
Zwei tüchtige und strebsame, aber völlig mittellose Seminaristen können ihre Lehrerausbildung nicht vollenden, wenn ihnen nicht geholfen wird. Es ist Ehrenpflicht des Deutschtums hier, sie nicht auf halbem Wege im Stich zu lassen. Beiträge — jedes Scherflein ist willkommen — nimmt entgegen **Martha Schnee, Bydgoszcz, ulica Śniadeckich 4.**

Andacht in den Gemeinde-Synagogen.
Synagoge A
Wolnica.
Freitag, 25. Januar, abends 4½ Uhr.
Sonnabend morg. 7½ Uhr, vorm. 10 Uhr, nachm. 4½ Uhr Mincha mit Jugendandacht u. Predigt. Sabbatausgang abends 5 U. 21 Min.
Werktags-Andacht.
Morgens 7 Uhr und abends 5 Uhr.
Nach der Morgenandacht Lehrvortrag.
Synagoge B
Ulica Dominikańska.
(Israel. Brüdergemeinde).
Freitag, 25. Januar, abends 4 Uhr
Sonnabend 26. Januar vormittags 10 Uhr.